

Controllingbericht

(Stand 15. Mai 2020)

Im nachfolgenden Controllingbericht werden die wesentlichen Veränderungen der Erträge und Aufwendungen des Ergebnishaushalts sowie der Investitionstätigkeit im Vergleich zur ursprünglichen Haushaltsplanung des Alb-Donau-Kreises für das Haushaltsjahr 2020 aufgeführt. Zusätzlich werden für den Haushalt wichtige Bereiche herausgegriffen und erläutert. Dieser Bericht beruht auf den Daten zum Stand **15. Mai 2020**.

Teilhaushalt Dezernat 1 Personal und Finanzen

Fachdienst 10 Personal

Ergebnishaushalt

Bei den Personalaufwendungen (einschließlich Erstattungen an das Land für die nach der Verwaltungsreform beim Land verbliebenen Beamten und Beschäftigten) ergeben sich voraussichtlich Einsparungen von rund 500.000 €. Dieser Betrag setzt sich wie folgt zusammen:

Im Plan 2020 wurde erstmals eine pauschale Kürzung von 1.000.000 € vorgenommen. Hintergrund sind Erfahrungen, wonach durch Fluktuation und Krankheitsausfälle eine ständige Vollbesetzung der Stellen nicht gegeben ist.

Von Januar – April 2020 waren 54 Stellen neu zu besetzen, in 10 Fällen musste aufgrund der Bewerberlage doppelt ausgeschrieben werden, so dass bisher 64 Bewerbungsverfahren durchzuführen waren. Personalkosteneinsparungen durch zeitversetzte Einstellungen, Ende Entgeltfortzahlung, geringere Aufwendungen für Vergütungen von Ersatzeinstellungen, Veränderungen des Beschäftigungsumfanges und Beurlaubungen stehen befristete zusätzliche Einstellungen in geringem Umfang gegenüber.

Zum Stand 15. Mai 2020 liegen Minderausgaben in Höhe von 352.000 € vor. Es wird davon ausgegangen, dass sich für den kommenden Zeitraum von Mitte Mai 2020 bis Ende Dezember 2020 weitere und/oder anhaltende Änderungen ergeben, so dass die pauschale Kürzung von 1.000.000 € erreicht wird und weitere 500.000 € eingespart werden.

Bei den Aufwendungen für Stellenausschreibungen wird der Planansatz voraussichtlich um 100.000 € überschritten.

Die Auswirkungen der SARS-CoV-2-Krise auf die Personalaufwendungen sind weiter unten beim Fachdienst 33 im Gesamt-Mehraufwand für die Bekämpfung der Corona-Pandemie enthalten.

Insgesamt ergibt sich im Ergebnishaushalt dadurch eine Verbesserung von ca. 400.000 €

Fachdienst 11 Finanzen, Schulen, Liegenschaften

Ergebnishaushalt

Gebäudemanagement Verwaltungs- und Schulgebäude:

Im Rahmen des Bauunterhalts an Verwaltungs- und Schulgebäuden gibt es verschiedene Einsparungen und zeitliche Verzögerungen – nicht zuletzt aufgrund der hohen Auslastung der Handwerkerbetriebe und durch die Corona-Pandemie. Dies führt dazu, dass einzelne Maßnahmen auf das Folgejahr verschoben werden müssen, was zu einer Reduzierung des Aufwands führt. Da gleichzeitig verschiedene Maßnahmen aus 2019 noch zu Ende geführt werden und sich auch ein paar zusätzliche Maßnahmen ergeben haben, wird mit keinen größeren Abweichungen vom Planansatz gerechnet. Bei der Bewirtschaftung der Grundstücke gibt es einige kleinere Veränderungen, die sich insgesamt aber etwa ausgleichen.

Schulen:

Die Sachkostenbeiträge pro Schüler haben sich gegenüber 2019 nochmals erhöht, konnten im Haushaltsplan 2020 aber – so wie auch die Schülerzahl – schon annähernd exakt ermittelt werden. Daher sind Veränderungen bei den Sachkostenbeiträgen und bei den Budgets der Schulen aus heutiger Sicht kaum erkennbar.

Die Abwicklung und Auswirkung des DigitalPakts Schule bei den Schulen des Alb-Donau-Kreises lassen sich aus heutiger Sicht noch schwer beziffern. Aufgrund der Verzögerungen durch die Corona-Pandemie kann jedoch davon ausgegangen werden, dass die veranschlagten Mittel nur knapp zur Hälfte abfließen werden. Da im Haushaltsplan 2020 jedoch sowohl die Förderung als auch die Auszahlungen und Aufwendungen in gleicher Höhe veranschlagt wurden, ist in finanzieller Hinsicht nur der veranschlagte Eigenanteil in Höhe von 138.500 € relevant. Hier könnte es zu einer Einsparung von ca. 100.000 € kommen.

Gesundheitseinrichtungen:

Für den zu erwartenden Verlustausgleich 2019 wurde zusätzlich zu den im Vorjahr bereits geleisteten Abschlagszahlungen von 4,0 Mio. € eine Rückstellung in Höhe von 480.000 € gebildet. Das tatsächliche Ergebnis der Krankenhaus GmbH liegt nun bei 5,08 Mio. €, so dass zusätzliche Aufwendungen von 600.000 € anfallen.

Durch die Corona-Pandemie ergaben sich bei den Krankenhäusern allein von 16. März – 24. April 2020 geringere Erlöse in Höhe von ca. 1,4 Mio. €. Wie sich die Situation weiterentwickeln wird, kann nur schwer prognostiziert werden.

Steuern, allgemeine Zuweisungen und Umlagen:

Nach der aktuellen Mitteilung des Landkreistags zu den Auswirkungen der Mai-Steuererschätzung wird der Kopfbetrag von 748 € auf 722 € reduziert. Dies bedeutet für den Alb-Donau-Kreis ein Minus bei den Schlüsselzuweisungen nach § 8 FAG von 3,6 Mio. €. Die Hälfte dieses Betrags soll vorübergehend als Liquiditätsbeihilfe ausbezahlt, zu einem späteren Zeitpunkt - wohl noch in 2020 - aber verrechnet werden.

Bei der Grunderwerbsteuer ergibt sich nach den ersten fünf Monaten ein Mehrertrag von ca. 200.000 €. Auf das ganze Jahr hochgerechnet würde sich daraus bei weiterhin so positivem Verlauf ein Mehrertrag von etwa 0,5 Mio. € ergeben.

Bekämpfung der Corona-Pandemie:

Eine ganz grobe überschlägige Ermittlung der finanziellen Auswirkungen der Corona-Pandemie auf den Alb-Donau-Kreis ergab zusätzliche Sach- und Personalaufwendungen (ohne Krankenhäuser) von ca. 2,0 Mio. € (siehe Unterteilhaushalt FD 33 Gesundheit). Hinzukommen Ertragsausfälle bei Gebühren und Bußgeldern, indirekte Auswirkungen z.B. auf Sozialleistungen etc. Diese werden von den einzelnen Fachdiensten erläutert und dort berücksichtigt. Vom Land wurden bisher zwei Sofortzahlungen als Liquiditätshilfen in Höhe 0,85 Mio. € bezahlt, so dass das Defizit bei den direkten Sach- und Personalaufwendungen bei etwa 0,65 Mio. € liegt.

Insgesamt ergibt sich im Ergebnishaushalt dadurch eine negative Veränderung von ca. 4,15 Mio. €.

Finanzhaushalt

Die für den Neubau des Verwaltungsgebäudes Hauffstraße 10 eingestellten Mittel von 3,0 Mio. € werden dieses Jahr so wie auch die Mittelübertragungen aus dem Vorjahr (8,68 Mio. €) voraussichtlich bis auf 1,0 Mio. € abfließen. Dadurch ergeben sich Mehrauszahlungen von 7,7 Mio. €.

Für die energetische Sanierung der Valckenburgschule sind 3,95 Mio. € in den Haushaltsplan 2020 eingestellt. Da das Vorhaben dieses Jahr nicht wie ursprünglich geplant, sondern zunächst nur Teilbereiche umgesetzt werden, fließen voraussichtlich nur ca. 0,5 Mio. € ab. Daraus ergeben sich Minder-Auszahlungen von 3,45 Mio. €.

Für den Investitionsbedarf der Krankenhäuser stehen ein Planansatz von 9,9 Mio. € und eine Ermächtigung vom Vorjahr in Höhe von 1,305 Mio. € zur Verfügung. Zu aktuellem Zeitpunkt wird damit gerechnet, dass diese Mittel abfließen werden, so dass sich Mehrauszahlungen von 1,305 Mio. € ergeben.

Insgesamt ergeben sich im Finanzhaushalt 2020 aus diesen Veränderungen höhere Auszahlungen von 9,005 Mio. €.

Fachdienst 14 Straßen**Ergebnishaushalt**

Bedingt durch niedrigere Ausgaben im Winterdienst ist im Jahresverlauf mit einer Verbesserung in Höhe von 0,30 Mio. € zu rechnen. Dies würde zu einer Verbesserung im Gemeinschaftsaufwand in Höhe von 0,30 Mio. € führen.

Die Kreisstraßen werden aufgrund des besseren Gemeinschaftsaufwands die Übertragung an den Finanzhaushalt um 0,10 Mio. € erhöhen können.

Für die pauschale betriebliche Erhaltung und die Unterhaltung der Landesstraßen ist mit Erträgen in Höhe von 3,10 Mio. € zu rechnen. Veranschlagt wurden 3,09 Mio. €, was eine Ergebnisverbesserung von 0,01 Mio. € ergibt. Unter Berücksichtigung der

Verbesserung beim Gemeinschaftsaufwand werden die Landesstraßen um 0,1 Mio. € über der Planung abschließen.

Gleichfalls unter Berücksichtigung der Verbesserung beim Gemeinschaftsaufwand, werden die Bundesstraßen mit 0,10 Mio. € über der Planung abschließen.

Insgesamt wird sich das Ergebnis im Teilhaushalt um 0,20 Mio. € über der Planung bewegen.

Finanzhaushalt

Bei den geplanten Zuweisungen nach § 25 FAG in den Finanzhaushalt ergibt sich eine Verbesserung um 0,10 Mio. €.

Die Planungskosten werden voraussichtlich wie veranschlagt abschließen.

Die Maßnahme K 7301 Ortsdurchfahrt Langenau wird sich um 0,05 Mio. € verbessern.

Beim Neubau der K 7302 Albrecht-Berblinger-Straße verbessert sich das Ergebnis um 0,10 Mio. €.

Der Neubau der K 7359 Donaubrücke Öpfingen wird sich im Rahmen der Planung bewegen.

Bei der Maßnahme K 7373/K 7374 Kreisverkehrsplatz Dellmensingen werden um rd. 0,05 Mio. € höhere Ausgaben anfallen.

Für die Bahnübergangsbeseitigung im Zuge der K 7388 in Blaustein wurden Einzahlungen in Höhe von 0,77 Mio. € veranschlagt. Die DB AG hat bereits im Jahr 2019 einen höheren Betrag überwiesen als zum Planungszeitpunkt erwartet wurde. Der Betrag für das Jahr 2020 verringert sich daher. Das Ergebnis im laufenden Jahr wird sich um 0,40 Mio. € verschlechtern.

Bei der Radwegepauschale ist mit Verbesserungen in Höhe von 0,20 Mio. € zu rechnen.

Insgesamt wird sich das Ergebnis dadurch im Kreisstraßen-Finanzhaushalt im Rahmen der Planung bewegen.

An Haushaltsermächtigungen wurden 1,1 Mio. € aus dem Jahr 2019 übertragen. Mittel in Höhe von 1,0 Mio. € werden ins Jahr 2021 übertragen werden müssen.

Fachdienst 15 Abfallwirtschaft

Ergebnishaushalt

Durch Inanspruchnahme der Gebührenüberschussrückstellung i.H.v. 1,34 Mio. € wird mit einer Ergebnisverbesserung in entsprechender Höhe gerechnet.

Finanzhaushalt

Die Vorbereitung des neuen Einbauabschnitts auf der Deponie Unter Kaltenbuch in Laichingen wird zum Jahresende abgeschlossen sein. Die verfügbaren Mittel von 2,395 Mio. € (inkl. übertragene Haushaltsermächtigungen aus 2019 i.H.v. 1,05 Mio. €) werden dieses Jahr bis auf 400.000 € abfließen. Die übrigen Investitionen laufen planmäßig.

Für das **Dezernat 1** ergibt sich somit insgesamt eine negative Veränderung im Ergebnishaushalt von **2,21 Mio. €** und im Finanzhaushalt eine negative Veränderung von **6,305 Mio. €**.

Teilhaushalt Dezernat 2 Kreisentwicklung, Bauen, Land- und Forstwirtschaft, Boden

Fachdienst 20 Bauen, Brand- und Katastrophenschutz

Ergebnishaushalt

Bedingt durch die Pandemie entfallen Lehrgänge und die Leitmesse im Bereich des Feuerwehrwesens, die zu Mindererträgen wie auch zu Minderaufwendungen führen. Eine genaue Bezifferung kann erst getroffen werden, wenn bekannt ist, wann der Betrieb wieder regulär aufgenommen werden kann.

Die Haushaltsansätze im Bereich Bauordnung werden voraussichtlich erreicht. Aufgrund von „Corona“ gab es lediglich kurzzeitig Verzögerungen hinsichtlich der Erteilung des Einvernehmens der Städte und Gemeinden. Das Antragsvolumen in den Baugenehmigungsverfahren ist nicht zurückgegangen.

Finanzhaushalt

Beim Feuerwehrwesen ist aufgrund der Auslastung der Hersteller eine Lieferung des Abrollbehälters „Einsatzleitwagen 2“ erst 2021 möglich. Daraus ergeben sich 2020 Minderausgaben von 470.000 € sowie Mindereinzahlungen in Höhe von rund 88.000 €, da die Zuweisung des Landes für diese Investition und die Veräußerung des Vorgängerfahrzeuges im Jahr 2020 nicht erfolgen können.

Die Investitionen aus dem Vorjahr, für die Haushaltsermächtigungen i.H.v. 802.000 € übertragen wurden, sollen dieses Jahr noch zur Umsetzung kommen.

Insgesamt ergibt sich dadurch im Finanzhaushalt eine negative Veränderung von 420.000 € im Jahr 2020.

Fachdienst 21 Ländlicher Raum, Kreisentwicklung

Ergebnishaushalt

Aufgrund zeitlich versetzter Aufwendungen für die Radwegebeschilderung, der Umlage zum Regionalverband Donau-Iller sowie Aufwendungen im Bereich der Geschäftsstelle Weltkultursprung für die Beschilderung in den Tälern, die zum Zeitpunkt der Haushaltsplanung nicht bekannt waren, kommt es zu Mehraufwendungen von rund 297.000 €.

Jedoch können bei der Umsetzung der Radwegebeschilderung und für die Beschilderung in den Tälern Erträge von rund 168.000 € in Form von Landeszuweisungen und Erstattungen von den Gemeinden generiert werden, die ursprünglich im Haushaltsplan 2020 nicht eingeplant waren.

Insgesamt verschlechtert sich das Ergebnis um rund 129.000 €.

Fachdienst 24 Forst, Naturschutz

Ergebnishaushalt

Im Bereich der Privatwaldbetreuung ist von geringeren Einnahmen auszugehen. Ursächlich kann die Umstellung auf die neuen Verträge sein, aber auch die schlechte Holzmarktlage, die derzeit die Privatwaldbesitzer abhält, planmäßig (Nadel-)holz einzuschlagen. Eine belastbare Einschätzung ist erst möglich, wenn das erste Halbjahr abgerechnet wurde.

Für das **Dezernat 2** ergibt sich somit insgesamt eine negative Veränderung im Ergebnishaushalt von **129.000 Mio. €** und im Finanzhaushalt von **420.000 Mio. €**.

Teilhaushalt Dezernat 3 Sicherheit, Umwelt, Gesundheit, Verbraucherschutz und Boden

Fachdienst 31 Verkehr und Mobilität

Ergebnishaushalt

Aufgrund gestiegener Fahrerlaubnisansprüche in Ulm und Ehingen werden die Haushaltsansätze voraussichtlich um 126.000 € überschritten.

Die festgesetzten Bußgelder im Bereich der Bußgeldstelle für Verkehrsordnungswidrigkeiten betragen zum 20. Mai 2020 insgesamt 407.880 €. Dies ist ein Rückgang gegenüber dem gleichen Zeitraum vom Vorjahr um ca. 325.000,- €. Corona-bedingt konnten bislang dieses Jahr deutlich weniger mobilen Messungen durchgeführt werden. Zudem ergaben sich seit Jahresbeginn mehrere Personalwechsel, welche sich ebenfalls auf das Ergebnis auswirken. Da nicht absehbar ist, wie sich die Corona-Pandemie weiterentwickelt, wird davon ausgegangen, dass der Haushaltsansatz 2020 um 500.000 € unterschritten wird.

Die Covid-19 Pandemie traf bzw. trifft den ÖPNV sowie die Schülerbeförderung in einem noch nie dagewesenen Umfang. Bedingt durch eine große Einflussnahme von Dritten (z.B. Verkehrsministerium, Kultusministerium) liegen die Handlungs- und Reaktionsmöglichkeiten des Fachdienstes nur begrenzt in eigener Verantwortung. Sollten die angekündigten, aber noch nicht im Einzelnen festgelegten Rettungsschirme von Bund und Land den Rückgang von Tariferlösen für die Verkehrsunternehmen nicht oder nur unvollständig ausgleichen, muss bei gemeinwirtschaftlichen Linienverkehren mit Ausgleichsverpflichtungen bis zu 350.000 € durch den Alb-Donau-Kreis gerechnet werden.

Insgesamt ergeben sich im Ergebnishaushalt dadurch Mehraufwendungen von ca. 350.000 € und Mindererträge von rund 374.000 €.

Fachdienst 33 Gesundheit

Ergebnishaushalt

Für die Bekämpfung der Corona-Pandemie ist dieses Jahr mit zusätzlichen Sach- und Personalausgaben von ca. 2,0 Mio. € zu rechnen (ohne Krankenhäuser). Dies betrifft nur die direkten Mehraufwendungen. Folgeaufwendungen z.B. im Sozialaushalt oder Ertragsausfälle sind hier nicht berücksichtigt. Von den 2,0 Mio. € entfallen ca. 500.000 € auf zusätzliche Personalkosten (Ärzte, Medizinstudenten, BAD usw.), 450.000 € auf Laborkosten für Tests, 400.000 € auf Schutzausrüstung, 300.000 € auf Sicherheitsmaßnahmen (Security, Sonderreinigungs- und Desinfektionsmaßnahmen usw.) und 200.000 € auf Abstrichzentrum und Testmobil. Die endgültigen Aufwendungen sind jedoch im Wesentlichen davon abhängig, wie lange die Pandemie und die zusätzlichen Maßnahmen und Vorkehrungen anhalten werden.

Aufgrund der Corona-Krise werden seit Anfang März 2020 keine Belehrungen nach den §§ 42, 43 IfSG mehr durchgeführt. Vorausgesetzt, dass dies so bleibt, sind bis Ende 2020 Mindereinnahmen in Höhe von ca. 40.000 € zu erwarten

Für das **Dezernat 3** ergibt sich somit insgesamt eine negative Veränderung im Ergebnishaushalt von **2,764 Mio. €**.

Teilhaushalt Dezernat 4 Jugend und Soziales

Fachdienst 40 Jugendhilfe

Ergebnishaushalt

Die Hochrechnung im Bereich Unterhaltsvorschuss ergibt Mehrerträge von 30.000 € und eine Minderung der Transferaufwendungen um 60.000 €.

Fachdienst 41 Soziale Sicherung, Job Center Alb-Donau

Nach derzeitiger Schätzung verschlechtert sich das ordentliche Ergebnis voraussichtlich um ca. 0,55 Mio.

Ein Grund ist das zum 1. Januar 2020 in Kraft getretene Angehörigenentlastungsgesetz, das zu einer Verschlechterung von rund 1,0 Mio. € durch eine Verringerung der Erträge bei der Eingliederungshilfe und Mehraufwendungen bei der Hilfe zur Pflege aufgrund des Wegfalls von anzurechnendem Angehörigenunterhalt führt.

Bei den Aufwendungen für die Grundsicherung bei Erwerbsminderung außerhalb von Einrichtungen wird der Planansatz in Höhe von 8,48 Mio. € nicht erreicht. Grund dafür ist, dass zum Zeitpunkt der Haushaltsplanaufstellung keine verlässlichen Daten zur Planung vorlagen.

Fachdienst 42 Familienhilfe, Soziale Dienste

Im Bereich „Hilfen für junge Menschen und ihre Familien“ sind Transferaufwendungen in Höhe von 12,63 Mio. € eingeplant. Die Prognose liegt um rund 0,41 Mio. € unter dem Planansatz. Ebenso ist zu erwarten, dass die prognostizierten Transferaufwendungen für Leistungsberechtigte mit Kostenerstattungsanspruch um 0,93 Mio. € geringer als angesetzt ausfallen. Da die Transferaufwendungen komplett vom Land erstattet werden, ergibt sich hier die gleiche Abweichung bei den Landeserstattungen.

Die zusätzlichen Kosten für die Vormittagsbetreuung an Schultagen im stationären Angebot aufgrund der Corona-Pandemie sind in der Prognose noch nicht berücksichtigt. Derzeit wird von Mehrkosten im stationären Bereich in Höhe von ca. 0,11 Mio. € ausgegangen. Eine genauere Prognose kann aufgrund der Unsicherheiten im Zusammenhang mit der Wiederaufnahme des „normalen“ Schulbetriebes nicht getroffen werden.

Für den Kinderschutz gem. § 42 SGB VIII, musste aufgrund des zu erwartenden Anstiegs an Inobhutnahme-Fällen eine Quarantäne-Gruppe eröffnet werden. Die geschätzten Mehrkosten belaufen sich auf ca. 55.000 €.

Im Bereich der Tageseinrichtungen wurden die Zahlungen ab 1. April 2020 bis vorerst Juni gestoppt. Das bedeutet, dass hier Minderkosten (März bis Juni 2020) von ca. 0,15 Mio. € erwartet werden.

Im Bereich Tagespflege wurden entsprechend den Empfehlungen der kommunalen Spitzenverbände ab dem 1. April 2020 die monatlichen Zahlungen an die Tagesmütter auf 80 % reduziert. Es werden Minderaufwendungen von rund 60.000 € erwartet.

Zusätzlicher Bestandteil der Empfehlungen ist die Aussetzung der Kostenbeitragspflicht der Eltern. Durch die Aussetzung der Kostenbeitragspflicht der Eltern, werden Mindererträge von rund 93.000 € erwartet.

Insgesamt ist beim Fachdienst 42 mit Rückgängen bei den ordentlichen Erträgen um 1,023 Mio. € und bei den ordentlichen Aufwendungen um 1,385 Mio. € zu rechnen.

Fachdienst 44 Flüchtlinge und Integration

Das Land erstattet für die Aufwendungen, welche nicht im Rahmen der Spitzabrechnung abgerechnet werden können, pauschal rund 1,36 Mio. € pro Jahr an den Alb-Donau-Kreis. In der Planung wurde ein Betrag von 3,1 Mio. € veranschlagt unter Berücksichtigung der tatsächlichen Aufwendungen für diesen Personenkreis. Diese Vorgehensweise wurde von den kommunalen Spitzenverbänden empfohlen. Es entstehen voraussichtlich Mindererträge in Höhe von 1,74 Mio. €.

Die Sozialleistungen an Personen in und außerhalb von Einrichtungen liegen etwas unter dem Planansatz 2020. Eine Zunahme der Leistungsberechtigten durch den Verlust von Einkommen infolge von Kündigungen durch die wirtschaftliche Lage der Arbeitgeber im Zusammenhang mit dem Ausbruch von Covid-19 ist möglich.

Im Jahr 2020 wurde bisher eine Gemeinschaftsunterkunft mit einer Kapazität von 26 Plätzen geschlossen.

Auf Grund von „Corona“ wurden wiederum zwei Objekte mit 32 Plätzen als Quarantäneunterkünfte neu angemietet. Dennoch fallen die hochgerechneten Kosten um 1,49 Mio. € niedriger aus als geplant. Dies liegt insbesondere daran, dass für ein aktuelles Gerichtsverfahren 1,0 Mio. € eingeplant wurde. Die Kosten des Rechtsstreits können im Zuge der nachlaufenden Spitzabrechnung mit dem Land abgerechnet werden.

Aufgrund der Ausbreitung von Covid-19 liegen die Aufwendungen für Sprachkurse rund 68.000,00 € unter dem Planansatz, da diese nicht durchgeführt werden konnten. Ob und in wie weit diese nachgeholt werden können, ist aktuell nicht absehbar.

Für das **Dezernat 4** ergibt sich somit insgesamt eine Verschlechterung im Ergebnishaushalt von voraussichtlich **1,77 Mio. €**.

Zusammenfassung

Nach den Hochrechnungen ist zu erwarten, dass sich das Gesamtergebnis des Ergebnishaushalts im Vergleich zur Haushaltsplanung 2020 um rund 6,9 Mio. € auf 4,8 Mio. € verschlechtern wird. Der Zahlungsmittelüberschuss des Ergebnishaushalts reduziert sich damit auf rund 10,7 Mio. €.

Wie oben detailliert ausgeführt resultieren die Verschlechterungen im Ergebnishaushalt gegenüber der Haushaltsplanung vor allem aus den Mindererträgen bei den Schlüsselzuweisungen aufgrund der aktuellen Steuerschätzung im Mai und den prognostizierten Mehraufwendungen aufgrund der Corona-Pandemie.

Der Finanzierungsmittelbedarf aus Investitionstätigkeit erhöht sich durch die oben aufgeführten Veränderungen um ca. 6,7 Mio. € von 22,4 Mio. € auf 29,1 Mio. €.

Die im Haushaltsplan 2020 veranschlagte negative Änderung des gesamten Finanzierungsmittelbestands in Höhe von rund 5,0 Mio. € erhöht sich somit aufgrund dieser Veränderungen voraussichtlich um 13,6 Mio. € auf 18,6 Mio. €. Zum 31.12.2019 wurden keine inneren Darlehen in Anspruch genommen, stattdessen waren Eigenmittel ohne Mittelbindung, die für die Verwendung von Rückstellungen vorgesehen sind, in Höhe von knapp 17,0 Mio. €, incl. dem kurzfristig kündbaren Kredit an die Krankenhaus GmbH in Höhe von 9,0 Mio. €, zu verbuchen. Auf Jahresende wird daher mit inneren Darlehen in Höhe von rund 10,6 Mio. € zu rechnen sein.

Der folgende Zahlenteil gibt eine Übersicht über die Veränderungen nach der Systematik des Haushaltsplans.